

Internetpiraterie vernichtet Arbeitsplätze

GVU fordert konkrete Gegenmaßnahmen von der deutschen Politik

Berlin, 26. April 2010. Heute hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gemeinsam mit der Spitzenorganisation der deutschen Filmwirtschaft, dem Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V., dem Verband der Drehbuchautoren, dem Bundesverband Musikindustrie sowie dem Börsenverein des deutschen Buchhandels ab 11:55 Uhr eine Pressekonferenz in Berlin veranstaltet. Den Anstoß für die gemeinsame Veranstaltung von Arbeitnehmervetretern und Kreativwirtschaften bilden Ergebnisse der jüngst veröffentlichten TERA-Studie der Internationalen Handelskammer. Diese wurden soeben in den Räumen von ver.di vorgestellt. Danach haben massenhafte Urheberrechtsverletzungen im Internet in 2008 allein in Deutschland die Schaffung von rund 34.000 neuen Arbeitsplätzen verhindert und Umsatzeinbußen von 1,2 Milliarden Euro verursacht. Ohne konkrete politische Gegenmaßnahmen könnte Internet-Piraterie im Jahr 2015 europaweit mehr als 600.000 potenzielle Arbeitsplätze vernichten.

„Gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten sollte der Schutz von Arbeitsplätzen ganz oben auf der Agenda der deutschen Regierung stehen“, kommentiert Dr. Matthias Leonardy, Geschäftsführer der Gesellschaft zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen e.V. (GVU) und gibt zu bedenken: „Nach Erhebungen der GfK wird der Konjunkturunbruch des letzten Jahres erst in diesem und dem kommenden Jahr auf den Arbeitsmarkt durchschlagen.“ Laut TERA-Studie könnten in diesem Jahr annähernd 280.000 verlorene Arbeitsplätze allein auf das Konto von Internetpiraterie gehen, in 2011 dann weitere 350.000 Stellen.

Angesichts dieser düsteren Aussichten erneuert Leonardy seine Forderung an die deutsche Regierung zu konkretem Handeln. So müsse das Massenphänomen durch eine Kombination von geeigneten technischen und rechtlichen Maßnahmen angegangen und gelöst werden. Unter Verweis auf legislative Maßnahmen in Frankreich, dem Vereinigten Königreich und konkrete Ansätze in Spanien fordert der GVV-Geschäftsführer die politische Klärung des Rechtsrahmens für ein Abgestuftes Verfahren. „Ein Mechanismus für die individuelle Aufklärung, Warnung und Sanktionierung von Internetnutzern, die das Urheberrecht verletzen, ist auch in Deutschland überfällig“, bekräftigt Leonardy.

Über die GVV:

Die GVV ist eine von den Unternehmen und Verbänden der Film- und Unterhaltungssoftware-Wirtschaft getragene Organisation. Ihre Aufgabe besteht im Aufdecken von Verstößen gegen die Urheberrechte ihrer Mitglieder und der Mitteilung dieser Verstöße an die Strafverfolgungsbehörden. Darüber hinaus unterstützt die GVV die Dienststellen der Strafverfolgungsbehörden bei der Durchführung von Strafverfahren sowohl in rechtlicher als auch in technischer Hinsicht. Die GVV leistet Aufklärungsarbeit durch Seminare und Vorträge bei Behörden, Schulen und gesetzgebenden Körperschaften sowie durch die Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Inhalt und die Ergebnisse ihrer Arbeit und urheberrechtliche Problemstellungen.

Pressekontakt:

GVV

Christine Ehlers

Public Relations

Alt-Moabit 59-61

10555 Berlin

Tel: 030 / 311 61 69 - 0

Fax: 030 / 311 61 69 - 40

E-Mail: christine.ehlers@gvu.de